

MAI 2025

Informationsheft

des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Aus den Kreisverbänden • Koalitionsvertrag 2025 • Biogasanlagen und Strompreise

SEITE

3

Kommentar

„Verantwortung für Deutschland“

SEITE

9

Fachkunde TRGS 529

Termine zum
Fachkundenachweis

SEITE

12/13

TA Luft

Positionen des DBV

SEITE

4/5

Bauernverbandstage

in den Kreisen

SEITE

9

Neue Gesichter

in der Hauptgeschäftsstelle

SEITE

13

Positive Signale

Die aktuelle Stimmung
in der Landwirtschaft

SEITE

6/7

Koalitionsvertrag

Bewertung des DBV

SEITE

10

Wild und Bodenbrüter

Maßnahmen zum Schutz
bei der Mahd

SEITE

15

In aller Kürze

Veranstaltungen des
Bauernverbandes

SEITE

8

Biogasanlagen

Neue Optionen
bei negativen Strompreisen

SEITE

11

Artikel 148 GMO

Gewachsene Strukturen
statt Zwangsverträge

SEITE

15

KI oder nicht?

Fälschungen erkennen

Flagge zeigen – neue Aufkleber im Online-Shop

Ohne Trecker nix beim Bäcker! Passend zum Frühjahr sind **neue Aufkleber- und Plakat-Motive** bestellbar. Es wurden u.a. die Aufkleber mit dem Spruch „Ohne Trecker nix beim Bäcker“ neu aufgelegt und können jetzt zu Päckchen á 10, 20 oder 100 Stück bestellt werden. Wie gewohnt sind alle Materialien natürlich für die Outdoor-Nutzung erstellt!

Bestellmöglichkeiten und weitere Infos auf der **Webseite der Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH.**

www.gruenerdeal.de



Impressum

Herausgeber
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Maxim-Gorki-Straße 13 · 39108 Magdeburg
Tel. 0391 / 7 39 69-0 · Fax 0391 / 7 39 69-33
www.bauernverband-st.de · info@bauernverband-st.de
V.i.S.d.P. Marcus Rothbart

Das Informationsheft ist ein Presseorgan des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Redaktion
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Ansprechpartner: Erik Hecht, Referent für Medien, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Torsten Freitag, Referent für Online-Redaktion und Medien
Redaktionsschluss: 30.04.2025
Texte, wenn nicht anders gekennzeichnet: Erik Hecht

Bildnachweis
Alle Bilder und Grafiken wurden durch den Bauernverband Sachsen-Anhalt erstellt.
Ausnahmen: S. 1: Constanze Arendt-Nowak; S. 6: firefly.adobe.com; S. 8: Thorsten Breitschuh; S. 13: firefly.adobe.com; S. 14: freepik.com; S. 15: freepik.com, firefly.adobe.com;

Werte Landwirtinnen und Landwirte, werte Mitglieder,

just in diesen Tagen sind wir auf der Zielschleife der Bildung einer neuen Bundesregierung. Das Koalitionspapier mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ liegt seit einigen Wochen vor, die Parteigremien von CDU und CSU haben diesem zugestimmt und ihre künftigen Ministerinnen und Minister benannt. Die SPD wird in den letzten Apriltagen mit ihrem Mitgliederentscheid voraussichtlich auch zustimmen, wenngleich die Jusos reflexartig und vollkommen erwartbar Widerstand und Ablehnung gegen einen wirtschaftsfreundlichen Kurs signalisiert haben. Erst nach der Zustimmung der SPD werden auch deren Minister offiziell bekannt. Wenn das alles klappt, heißt der neue Kanzler ab dem 6. Mai 2025 Friedrich Merz.

Bis dahin war es ein anstrengender und auch mühsamer Weg zweier Partner, die als einzige realistische Koalition nicht das erste Mal in den letzten Jahrzehnten zusammenkommen. In Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen und weltpolitischen Herausforderungen ist das keine Liebesheirat, sondern eine an den praktischen Bedürfnissen und Anforderungen der Bundesrepublik ausgerichtete Partnerschaft. Erwartungsgemäß ist in den Tagesmedien vielfach Kritik am 146-seitigen Koalitionsvertrag aufgekommen. Inhaltlich gibt es aus jeder Perspektive und Sichtweise der Betroffenheit Licht und Schatten in der Bewertung der Absichten im Koalitionsvertrag – das haben wir bei jedem politischen Vertragswerk.

Es hat leider nicht nur den Anschein, dass diese neue Koalition schon wieder in Bausch und Bogen klein geschrieben wird, bevor sie die Arbeit überhaupt aufgenommen hat. Ähnlich geht das in vielen tagtäglichen Diskussionen weiter, die latente deutsche Unzufriedenheit bricht sich erfolgreich Bahn. Wir wollen halt immer alles besser und möglichst perfekt machen. Nur von Nörgeln auf der Straße ist noch nichts besser geworden und es täte wahrlich gut, wenn mehr Bürger reflektieren würden, dass es immer Kompromissen bedarf, um eine Regierung zu bilden und das inhaltliche Fundament belastbar miteinander zu vereinbaren. Dazu gehört ebenso anzuerkennen, dass der größere Partner einer Koalition nicht in der Lage ist, dem kleineren Partner seine eigene Politik aufzuzwingen. Diese Erwartungshaltung auch im eigenen Berufsstand konnte man in den vergangenen Wochen vielfach verfolgen und bestaunen.

Es mag den Eindruck erwecken, dass die SPD inhaltlich besser vorbereitet aufgetreten ist und die Gesamtergebnisse bei der Verteilung der Ministerien dem Wahlverlierer anteilig mehr zugestehen als dem eigentlichen Wahlsieger. Wir kennen das aber aus unseren Dreierkoalitionen im Land – der Partner, der für eine stabile parlamentarische Mehrheit gebraucht

wird, kann sich seine Zustimmung teuer abkaufen lassen, zumal wenn er strategisch gut aufgestellt ist und den Preis hochtreibt.

Lasst diese neue Bundesregierung trotzdem erstmal anfangen und ins Wirken kommen, mag man

nicht nur einmal ausrufen. Zusätzlich hat das Portfolio der Minister aus der Union den Anschein, dass man mehr den Experten vertraut als dem reinen politischen Regionalproporz. Diese Maßnahme kann eine vertrauensbildende sein. Daher: Die ersten 100 Tage in neuer Verantwortung muss man jedem geben.

Ein nicht zu unterschätzendes Momentum einer künftigen und hoffentlich überwiegend erfolgreichen Regierungsarbeit wird sich im Bundesrat entscheiden. Im Gegensatz zur letzten schwarz-roten Koalition haben sich Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat verändert und speziell im Agrarbereich zugunsten der CDU verschoben. Die grüne Hegemonie im Bundesrat der letzten Jahre, an der mehrheitsfähige praktische und tägliche Agrarpolitik viel zu häufig abgeprallt ist, hat sich durch Wahlergebnisse auf Länderebene abgeschwächt. Hierin liegt eine Chance der Umsetzung des Koalitionsvertrages und ebenso darin, dass es Passagen und Formulierungen gibt, die Gestaltungsspielräume lassen. Diese Spielräume müssen strategisch genutzt werden, im Sinne der Mehrheit der wirtschaftenden Betriebe. Das ist aus heutiger Sicht allemal besser als die zementierten Formulierungen des alten Ampel-Koalitionsvertrages.

Die Zeiten haben sich gewandelt, das muss den Koalitionären bewusst sein. Im weltpolitischen Krisenmodus braucht es nun Anpacken, Zulassen von wirtschaftlicher Aktivität, Respekt vor dem Eigentum, Rückbau der Bürokratie und Erwirtschaften von Ertrag und Einkommen vor dem Verteilen von Wohltaten. Daran sollen sie gemessen werden.



Marcus Rothbart
Hauptgeschäftsführer
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.

Bauernverbandstage und Mitgliederversammlungen in den Kreisverbänden

In den vergangenen Wochen fanden in mehreren Kreisverbänden des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wichtige Veranstaltungen statt. Dazu gehörten die Mitgliederversammlung des Bauernverbandes Burgenlandkreis e.V., der Bauernverbandstag des Bauernverbandes Nordharz e.V., der Verbandstag des Bauernverbandes Salzland e.V., die Mitgliederversammlung des Kreisbauernverbandes Stendal e.V. sowie der Kreisbauerntag des Bauernverbandes Wittenberg e.V. Über aktuelle Themen, Entwicklungen und Herausforderungen der Landwirtschaft wurde intensiv diskutiert.

Die jährliche Mitgliederversammlung im Burgenlandkreis 2025

Die Mitgliederversammlung im KBV Burgenlandkreis fand am 13. Februar statt. Neben den Mitgliedern nahmen Gäste wie Landrat Götz Ulrich, Präsident Olaf Feuerborn und Gerald Dohme, stellvertretender Generalsekretär des DBV, teil.

Der Vorsitzende Jens-Uwe Kraft hielt im öffentlichen Teil der Veranstaltung seinen Vorstandsbericht und ging auf die Themen und Tätigkeiten des Vorjahres ein. Das waren unter anderem die Proteste, das Ampel-Aus, der Krieg in Europa und die verhängnisvollen Nachfröste zwischen dem 20. und 25. April 2024. Diese führten zu ernststen Schäden bei Gerste, Raps und im Obst und Weinbau. Gerade Wein- und Obstpflanzen hatten erheblich durch die Frostschäden gelitten, mit Verlusten von über 80%.

Olaf Feuerborn schilderte, welche zunehmenden Probleme durch den Wegfall von Wirkstoffen und die Zunahme der Zikaden beim Anbau von Kartoffeln, Zuckerrüben und Gemüse entstehen und wie der Verband dazu aktiv ist. Des Weiteren berichtete er zu aktuellen Themen mit der Landespolitik.

Das Referat von Gerald Dohme drehte sich um die langwierige und komplexe Arbeit des DBV in Berlin. So wurden die Arbeitsweise und die Herausforderun-

gen des Deutschen Bauernverbandes den Mitgliedern im Kreis nähergebracht.

Tina Eulau

Bauernverbandstag des Bauernverbandes Nordharz e.V.

Am 6. Februar fand der Verbandstag des BV Nordharz statt. Ein straff organisiertes Programm bot einen Netzwerktag unter Berufskollegen, mit Gästen aus Politik, Institutionen, Verbänden und Verwaltung. Klaus Kilian fungierte als Versammlungsleiter, Andreas Behrens übernahm die verbandlichen Formalitäten. Vorsitzender Uwe Thielecke gab einen Rückblick auf das turbulente Jahr 2024. Er mahnte zur Geschlossenheit: „Wir sitzen alle in einem Boot!“ Kreisgeschäftsführerin Diana Borchert und Hauptgeschäftsführer Marcus Rothbart berichteten zur Arbeit des Hauptamtes, Vizepräsident Sven Borchert gab einen politischen Rückblick auf das Jahr 2024. Thomas Rimpler, stellv. Bürgermeister Halberstadts, sicherte den Landwirten Lösungswillen bei Herausforderungen zu. Ulf Rödiger, stellv. Superintendent des Kirchenkreises Egelin, sprach von den Landwirten als verantwortungsvolle Erhalter und Verwalter in der Region.

Johann Meierhöfer, Fachbereichsleiter im DBV, gab zahlreiche Denkanstöße für die Arbeit im Verband und



DIE NUMMER 1 FÜR UNSERE LANDWIRTSCHAFT

IHR AGRARSPEZIALIST

Steuerberatung

Wirtschaftsprüfung

Genossenschaftsprüfung

Insolvenzverwaltung

Moderner Belegtransfer mittels App

Tel.: 03491 418040

agr@etl.de

www.marcel-gerds.de

Dr. rer. agr. Marcel Gerds
Wirtschaftsprüfer & Steuerberater
Landwirtschaftliche Buchstelle

Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

ETL | Agrar & Forst
Steuerberatung

Progress
Genossenschaftsverband e.V.

die politische Lobbyarbeit. Damit Praxiswissen in politischen Entscheidungsprozessen Gewicht hat, ist die kontinuierliche Arbeit des Bauernverbandes existenziell, auf allen Ebenen, sowohl klassische Lobbyarbeit als auch Öffentlichkeitsarbeit und der Austausch mit Dritten.

Diana Borchert

Verbandstag im Bauernverband Salzland e.V.

In der Zuckerfabrik Könnern trafen sich am 31. März die Mitglieder des Bauernverbandes Salzland e.V. Vorsitzender Matthias Saudhof berichtete zu den Effekten der Bauernproteste, ökonomischen Entwicklungen und Herausforderungen, den Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft und der Arbeit des Bauernverbandes zu diesen und weiteren Themen. Dem alten und neuen Vorsitzenden wurde von seinen Berufskollegen das Vertrauen ausgesprochen. Mit ihm im Vorstand sind Maurice Ullmann, Ekkehard Horrmann, Konstanze Semrau, Thomas Thalmann und Jochen Strötter.

Geschäftsführerin Katharina Elwert würdigte das Engagement vieler Mitglieder im Bauernverband, bei der Arbeit in den Ausschüssen sowie bei der Beteiligung an Fachprojekten und Veranstaltungen. Dadurch kann der gemeinsame Verband an so vielen Stellen mit Politik, Behörden, Bildungseinrichtungen und Mitmenschen arbeiten.

In Vertretung des Landrates Markus Bauer überbrachte Christian Lutter die Grüße der Kreisverwaltung. Bauernpräsident Olaf Feuerborn berichtete über das Engagement des Verbandes im Bereich Pflanzengesundheit und -schutz. Gerald Dohme, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, vermittelte einen informativen Einblick in die politische Arbeit des Bauernverbandes nach der Bundestagswahl.

Dr. Harald Lütke-meier

Mitgliederversammlung des Kreisbauernverbandes Stendal e.V.

Unsere Mitgliederversammlung fand am 4. Februar in Iden statt. Die Tagesordnung beinhaltete neben den üblichen Tagesordnungspunkten eine Beitragserhöhung sowie drei Vorträge von Gastreferenten.

Der neue Amtsleiter des ALFF-Altmark, Danny Schulze, stellte sich persönlich und seine Visionen vor. Er erläuterte die Praktikumsprämie, gab aktuelle Hinweise aus dem Amt und sprach über das Pilotprojekt „besondere Ernteterminierung“, welches zu Diskussionen unter der Mitgliedschaft in Bezug auf die Entschädigung führte.

Nadine Börns und Oliver Sommerfeld, die Ackerbau-Referenten beim Landesverband, brachten die Themen Düngung/Rote Gebiete, Agrarförderung und Ackerbauthemen in der Verbandsarbeit in ihrem Vortrag. Unsere Mitglieder waren erstaunt, welche hohes Engagement die Verbandsarbeit eint und wie viel Arbeit hinter den Kulissen erbracht wird.

Prof. Dr. Tanneberger von der Hochschule Anhalt begeisterte die Zuhörer mit den „aktuellen Herausforderungen für die landwirtschaftliche Unternehmensführung“ und sprach in seinem Vortrag die wichtige Rolle der Bauernverbände an – ohne die es im politischen Raum wenige bis keine Veränderungen gebe würde.

Kerstin Ramminger

Kreisbauerntag des Bauernverbandes Wittenberg e.V.

Am 27. Februar fand die Mitgliederversammlung des Bauernverbandes Wittenberg in Jessen statt, mit einer sehr guten Resonanz von Mitgliedern und Gästen. Im Mittelpunkt unseres Kreisbauerntages standen die Wahlen zum Vorstand und zur Revisionskommission sowie der Austausch über die berufsständische Arbeit. Teilgenommen haben neben Landrat Christian Tylsch die Landtagsabgeordneten Tschernich-Weiske, Borgwardt und Lieschke.

Kreisvorsitzender Ralf Donath mahnte gegenüber den anwesenden Mitgliedern des Landtages dringend notwendige Lösungen im Rahmen der Novelle des Wassergesetzes an. Unter den Stichworten Wasserabfluss, Wasserrückhalt, Wasserregulierung und Gewässerunterhaltung geht es in erster Linie um eine gerechtere Verteilung der Kosten. Gleiches gilt beim Biber. Es ist nicht die originäre Aufgabe eines Unterhaltungsverbandes, Aufgaben des Artenschutzes zu finanzieren. Wer den Biber will, muss dafür auch zahlen. Weitere Themen waren Impfungen gegen die Blauzungenkrankheit sowie die wirtschaftlichen Folgen des MKS Ausbruches im Land Brandenburg.

Ralf Donath wurde als Vorsitzender bestätigt, Maik und Andreas Petzold sind seine Stellvertreter. Ebenso Stefanie Bender, die neu in den Vorstand gewählt wurde. Zur Vorsitzenden der Revisionskommission wurde Frau Iris Österreicher gewählt. Sie übt dieses Amt nunmehr schon seit über 25 Jahren aus.

Den informativen Abschluss des Bauerntages bildeten die Steuerberater Christian und Ronald Benke mit Informationen zur E-Rechnung und zu steuerrechtlichen Fallstricken bei der Verpachtung an Energieanlagenbetreiber.

Thekla Schicht

**grüne-
berufe.de**



**GRÜNE
BERUFE**

DBV-Bewertung zum Koalitionsvertrag 2025

Nach der Bundestagswahl 2025 haben CDU/CSU und SPD einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der nun die Grundlage der zukünftigen Regierungsarbeit bildet. Der Deutsche Bauernverband hat diesen Vertrag im April analysiert und eine erste Einschätzung abgegeben. Aus Sicht des Berufsstandes enthält der Koalitionsvertrag sowohl begrüßenswerte als auch kritische Punkte. Die Erwartungen der Landwirtinnen und Landwirte an eine zukunftsorientierte Agrarpolitik werden jedoch nur teilweise erfüllt.

Erleichterungen im Bereich Tierhaltung und Stallbau

Positiv bewertet der DBV die geplante Vereinfachung von Genehmigungsverfahren im Bereich des Stallbaus. Der Vertrag sieht vor, rechtliche Hürden abzubauen und Planungssicherheit zu schaffen. Konkret ist ein Bestandsschutz von mindestens 20 Jahren für neu- und umgebaute Tierwohlställe vorgesehen. Zudem soll ein unkomplizierter Wechsel zwischen Tierarten im Baugesetzbuch (BauGB) ermöglicht werden. Diese Maßnahmen werden vom DBV als wichtige Impulse für den Umbau der Tierhaltung eingeordnet.

Entlastungen bei Agrardiesel und Substanzbesteuerung

Der DBV begrüßt zudem die angekündigte Rückführung der Agrardieselbesteuerung auf den europäischen Durchschnitt. Dies würde landwirtschaftliche Betriebe entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Auch die Reduzierung der Substanzbesteuerung wird als notwendige Korrektur bewertet, um Betriebe nicht durch nicht-liquiditätswirksame Steuerlasten zu belasten.

Weitere Punkte

- Im Koalitionsvertrag bekennen sich die Parteien zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung.

- Der Schutzstatus des Wolfes soll der EU-Richtlinie folgend herabgestuft und der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen werden.
- Die GAP-Förderung soll ein eigenständiger Politikbereich im EU-Haushalt bleiben.
- Erneuerbare Kraftstoffe sollen von der Energiesteuer befreit werden.
- Abbau bauplanungsrechtlicher Hindernisse für die Erzeugung und Nutzung von Biogas.
- Wechsel von der Tageshöchst Arbeitszeit zu einer Wochenhöchst Arbeitszeit
- Schaffung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage.
- Das EU-Bodengesetz wird abgelehnt.

Kritik an Mindestlohn und Flächenpolitik

Mit Sorge sieht der DBV die vorgesehene Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro. Diese Maßnahme greift nach Ansicht des Verbandes in die Tarifautonomie ein und stellt die Arbeit der Mindestlohnkommission infrage. Gerade für arbeitsintensive Betriebszweige wie den Obst- und Gemüsebau kann dies zu erheblichen Mehrbelastungen führen.

Ein weiteres Konfliktfeld stellt das geplante Naturflächenbedarfsgesetz dar. Der DBV kritisiert, dass damit großflächige Flächenumwidmungen zulasten der Landwirtschaft zu erwarten sind. Der Verband warnt vor einem massiven Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen ohne angemessene Kompensation und sieht die nationale Selbstversorgung gefährdet.

Bürokratieabbau bleibt vage

Im Koalitionsvertrag finden sich mehrfach Prüfaufträge und Ankündigungen zum Bürokratieabbau. Aus Sicht des DBV fehlt es jedoch an konkreten und verbindlichen Maßnahmen. Eine echte Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe sei so nicht erkennbar. Der Verband fordert eine wirksame Überprüfung und Verschlinkung bestehender Melde- und Dokumentationspflichten.

Forderung nach klarem agrarpolitischen Kurs

Mit Blick auf die Ressortverteilung innerhalb der neuen Bundesregierung mahnt der DBV einen abgestimmten und lösungsorientierten Kurs zwischen dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie dem Bundesumweltministerium an. Gegensätzliche Zuständigkeiten und politische Blockaden sollen vermieden werden, um die notwen-



digen Schritte für eine nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Landwirtschaft nicht zu behindern.

Fazit: Für die Anpassungen der Landwirtschaft an die vielfältigen Veränderungen unserer Zeit ist der Koalitionsvertrag zu unambitioniert.

DBV-Präsident Joachim Rukwied fasst die Bewertung des Verbandes wie folgt zusammen:

„Die deutsche Landwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden und schwierigen Veränderungsprozess und gleichzeitig in einem harten europäischen Wettbewerb. Diese Herausforderungen können mit dem Koalitionsvertrag nicht bewältigt werden. Der notwendige Politikwechsel ist nur in Ansätzen erkennbar; zudem findet sich nur ein Teil der Punkte wieder, die die gesamte deutsche Wirtschaft in den vergangenen Wochen gefordert hat.“

Während der Koalitionsverhandlungen hatten mehr als 100 Verbände in einer gemeinsamen Erklärung an die Koalitionäre appelliert, die Wirtschaft in den Verhandlungen in den Fokus zu rücken. Die Forderungen umfassten:

Die Steuerbelastung der Unternehmen und Betriebe muss spürbar reduziert werden. Ziel muss es sein, die

derzeitige Steuerbelastung der Unternehmen – zumindest schrittweise – auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent abzusenken.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen dringend reformiert werden, um sie finanzierbar, zukunftsfest und generationengerecht zu gestalten. Für die Unternehmen und insbesondere lohnintensive Betriebe bedeuten steigende Beitragssätze ein Mehr an Belastung und eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit.

Der deutsche Staat muss schneller und effizienter werden. Die künftigen Koalitionspartner müssen dem Abbau von Bürokratielasten für die Wirtschaft höchste Priorität einräumen. Berichts- und Dokumentationspflichten müssen systematisch abgebaut werden. Auch zeitraubende und umständliche Planungs- und Genehmigungsverfahren verhindern Investitionen und bremsen Innovationen in der Wirtschaft.

Hohe Energiekosten sind zu einem wesentlichen Wettbewerbsnachteil der deutschen Wirtschaft geworden. Der Standort Deutschland braucht daher wieder international konkurrenzfähige Energiepreise (Strom, Gas, Wasserstoff) und mehr Versorgungssicherheit.

Erik Hecht

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



HOCHSCHULE ANHALT University of Applied Sciences

Praxisnah studieren.

Unsere landwirtschaftlichen Studiengänge am Standort Bernburg (Saale) der Hochschule Anhalt.

- Agrarmanagement (MBA) - berufsbegleitend
- AI Engineering (B.Sc.)
- Landwirtschaft (B.Sc., M.Sc.)
- Landwirtschaft/Agrarmanagement (B.Eng.) - berufsbegleitend
- Food and Agribusiness (M.Sc.)



Fachbereich
Landwirtschaft, Ökotoxikologie
und Landschaftsentwicklung
06406 Bernburg (Saale)

www.hs-anhalt.de/loel

Biogasanlagen – neue Option bei negativen Strompreisen

Wenn die Sonne scheint, haben wir seit Anfang März fast täglich über die Mittagszeit ein Überangebot an Strom. Dies scheint über die Woche offensichtlich ein händelbares Problem zu sein, da Strom exportiert werden kann. Schwierig wird es an den Wochenenden, da dann der PV-Strom weder in Deutschland noch in den Nachbarländern verbraucht werden kann. In der Folge werden die Strompreise negativ.

Die Ursachen für die „Übereinspeisung“ sind vielschichtig: Es gibt Millionen von Kleinst-PV-Anlagen, bei denen die Netzbetreiber keine Möglichkeit haben, die Einspeisung abzuregeln. So sind in Deutschland alleine >0,7 GW Leistung aus Balkonkraftwerken am Netz. Das entspricht fast der Vollastleistung eines Kohlekraftwerkes. Hinzu kommen die Altanlagen unter 30 kW auf Dächern, bei denen in den letzten Jahren sowohl die 70%-Abregelung als auch die Funksteuerrundempfänger zurückgebaut wurden.

Leider reagiert der Rest des Marktes nur teilweise auf die hohen PV-Strommengen: So waren am Sonntag den 6. April 2025 mit negativen Preisen über 7 Stunden zwischen -2 und -11 Ct/kWh 6,4 GW konventionelle Kraftwerke am Netz. Bei Kohlekraftwerken ist das ja noch zu verstehen, da dort eine komplette, stundenweise Abschaltung technisch kaum möglich ist. Warum aber 2,0 GW Leistung über Gaskraftwerke erzeugt wurden, muss kritisch hinterfragt werden. Eine Ursache könnte sein, dass einige Gaskraftwerke in Kraftwärmekopplung laufen und die Temperaturen im März immer noch eine Wärmelieferung erfordern.

Weiterhin laufen die Biogas-BHKW fast unregelmäßig: Die Leistung betrug 3,9 GW und damit 90% der bei Hochpreiszeiten eingespeisten 4,3 GW. Auch hier werden viele BHKW in Wärmekopplung arbeiten. Die Hauptursache für die fehlende Reaktion auf Marktpreise sind aber die nur begrenzten finanziellen Vorteile. Allein die Differenz der verschiedenen Strompreise (am 6. April von 5-9 Uhr 8 Ct/kWh, 10-17 Uhr <0 Ct/kWh und 18-23 Uhr >10 Ct) reicht offensichtlich nicht aus, um Anlagenbetreiber von einem angepassten Betrieb zu überzeugen.

Das Problem der PV-Überproduktion könnte sich mit dem steigenden Sonnenstand im Sommer vor allem an den Wochenenden weiter verstärken.

Der Gesetzgeber hat mit dem Solarspitzenengesetz und mit dem Biomassepaket nun versucht, entsprechende

Gegenmaßnahmen zu ergreifen: **Keine EEG-Vergütung für neue Wind- und Solaranlagen bei Strompreisen unter 0 Cent.** Im Gegenzug werden die ausgefallenen Zeiten über eine entsprechende Verlängerung der EEG-Förderdauer über das 20. Jahr hinaus vergütet. **Keine EEG-Vergütung für Biogas-Strom (Neuinbetriebnahmen bzw. ab der 2. Förderperiode) bei Strompreisen unter 2 Cent.** Da hier die ausgefallenen Mengen im laufenden Jahr nachproduziert werden können, gibt es keine Verlängerung der Förderdauer.

Um auch bereits in Betrieb befindliche Anlagen zur Abschaltung bei negativen Preisen zu bewegen, hat der Bund eine Option für Bestandsanlagen geschaffen: Für alle Erzeugungsarten gleichermaßen gilt, dass – wer auf die Einspeisevergütung bei negativen Strompreisen verzichtet – 0,6 Cent/kWh zusätzliche Vergütung auf die restliche gelieferte Strommenge als Aufschlag bekommt. Diese Option ist vor allem für bereits flexibilisierte Anlagen interessant, da diese grundsätzlich in der Lage sind, die nicht vergüteten Strommengen zu einem späteren Zeitpunkt „nachzuholen“. Bei einer 500 kW-Anlage würde das Mehreinnahmen von etwa 25.000 € je Jahr bedeuten. Diese Summe sollte ausreichen, um den erhöhten Wartungs- und Regelungsaufwand für die zeitweisen Abschaltungen zu finanzieren. Ggf. kann eine solche Abschaltung auch mit dem Direktvermarkter besprochen werden, der dann automatisiert die Abschaltung übernimmt, wenn die Strompreise negativ werden.

Vor einem Umstieg sind noch folgende Fragen zu klären: Die EU muss die beiden letzten EEG-Novellen ratifizieren. Erst danach dürfen diese in Deutschland angewandt werden. Es ist noch nicht abschließend geklärt, ob die Kombination aus registrierender Leistungsmessung (fernauslesbarer Einspeisezähler) und Fernwirkeinrichtung in der Funktionsweise einer „intelligenten Messeinrichtung“ gleichgestellt ist. In jedem Fall ist ein Umstieg erst nach dem Jahr des Einbaus einer intelligenten Messeinrichtung möglich.

Thorsten Breitschuh
BELANU



Termine zum Erwerb der Fachkunde nach TRGS 529 – Herstellung von Biogas

Nach den seit Frühjahr 2015 geltenden „Technischen Regeln für Gefahrstoffe Nr. 529 – Tätigkeiten bei der Herstellung von Biogas“ sind für jede Biogasanlage zwei verantwortliche Personen zu benennen, die über eine entsprechende Qualifizierung nach den Vorgaben der TRGS 529 verfügen. Die verantwortlichen Personen müssen die Teilnahme an einer zweitägigen Schulung nachweisen; diese Weiterbildung muss nach jeweils 4 Jahren durch einen Ein-Tages-Lehrgang wiederholt werden.

Eintägige Wiederholungsschulung

24. Juni 2025
9.00 bis 16.30 Uhr

Zweitägiger Grundlehrgang

25. Juni 2025 von 9.00 bis 17.00 Uhr und
26. Juni 2025 von 8.00 bis 16.00 Uhr

Veranstalter ist der Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. Die Schulungen finden in **06388 Werdershau- sen, Gröbziger Str. 7**, statt. Pro Kurs können **maxi- mal 20 Personen** teilnehmen.

Weitere Informationen erhalten Sie bei **Sandra Berk- holz**, Bauernverband Salzland e.V., Bauernver- band „Anhalt“ e.V., Am Gutshof 5, 06406 Bernburg, Tel. 03471-6409197, sberkholz@bauernverband-st.de.

WEITERE INFORMATIONEN

[bauernverband-st.de/
weiterbildung-trgs-529-schulung/](http://bauernverband-st.de/weiterbildung-trgs-529-schulung/)



Neue Mitarbeiterinnen in Magdeburg



Ich bin Daniela Rudolph und seit dem 1. April 2025 Teil des Teams des **Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.** Mein Arbeitsbereich ist die Verwaltung und Hausbewirtschaftung – also überall dort, wo Organisation gefragt ist und im

Hintergrund alles reibungslos laufen soll. Ich bin ausgebildete Industriekauffrau und habe unter anderem Berufserfahrungen in der Wohnungswirtschaft sowie in der Schweinezucht gesammelt. Dadurch bringe ich sowohl organisatorisches Know-how als auch einen praktischen Bezug zur Landwirtschaft mit – eine gute Mischung, wie ich finde! Geboren und aufgewachsen bin ich in Magdeburg, habe mich aber ganz bewusst fürs Landleben entschieden und bin nach Bornstedt in die Hohe Börde gezogen. Hier genieße ich die Ruhe, die Natur und das Miteinander im Dorf. In meiner Freizeit gestalte ich gern meinen Garten, verbringe Zeit mit Familie und Freunden. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und den persönlichen Austausch mit Ihnen!

Daniela Rudolph
Verwaltung und Hausbewirtschaftung
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Maxim-Gorki-Straße 13, 39108 Magdeburg
Tel. 0391 7396912 | Mobil 0151 61889480
drudolph@bauernverband-st.de



Mein Name ist Alina Müller und ich habe am 1. April die- sen Jahres angefangen für die **Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH** zu arbeiten. Hier bin ich als Projektreferentin für die Umsetzung verschiedener Projekte zuständig.

Gebürtig komme ich aus der Nähe von Bad Salzungen im schönen Thüringen und bin aufgrund meines Studiums nach Halle gezogen. An der Uni habe ich meinen Master in Politikwissenschaft absolviert und habe im Zuge meiner Masterarbeit mit dem Titel „Zwischen Neutralität und Propaganda. Die Medienberichterstat- tung der Tageszeitungen ‚Frankfurter Allgemeine Zei- tung‘ (FAZ) und ‚BILD‘, anlässlich der Bauernproteste vom 8. Januar bis zum 15. Januar 2024“, das Inter- esse für Landwirtschaft entdeckt. In meiner Freizeit gehe ich gerne wandern und bin auch ab und zu auf einem Segelschiff auf der Ostsee anzutreffen. Ich freue mich, Teil des Teams der Agrardienste Sach- sen-Anhalt GmbH zu sein und die Verbandstätigkeit zu unterstützen. Auf eine gute Zusammenarbeit!

Alina Müller
Projektreferentin
Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH
Maxim-Gorki-Straße 13, 39108 Magdeburg
Tel. 0391 7396917 | Mobil 0151 14178707
amueller@agardienstesachsenanhalt.de

Rehkitze und Bodenbrüter bei der Mahd schützen

In einer gemeinsamen Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer (BAGJE), des Bundesverbandes Lohnunternehmen (BLU), des Bundesverbandes der Maschinenringe (BMR), des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und des Deutschen Jagdverbandes (DJV) wurden im April Empfehlungen für die Frühjahrmahd herausgegeben.

Zum Schutz von Rehkitzen und Bodenbrütern während der Mahd gibt es eine Vielzahl bewährter Maßnahmen. Diese können sowohl vorbeugend als auch begleitend zur Mahd eingesetzt werden. Ziel ist es, Wildtiere rechtzeitig aus den Flächen zu vertreiben oder deren Anwesenheit zu erkennen, bevor mit der Mahd begonnen wird.

Maßnahmen zum Schutz von Rehkitzen und Bodenbrütern bei der Mahd

Abschreckungsmaßnahmen

- Anbringen von Flatterbändern, Duftstoffen oder akustischen Wildwarnern am Rand oder auf der Fläche wenige Tage vor der Mahd.
- Jagdverbände und Wildtierschutz-Initiativen empfehlen Abschreckungsmaßnahmen vor allem zur Vorbereitung der Fläche.

Flächenkontrolle vor der Mahd

- Begehung der Fläche am Vortag oder direkt vor der Mahd durch Menschen oder mit (ausgebildeten) Hunden.
- Einsatz von Drohnen mit Wärmebildkameras zur frühzeitigen Lokalisierung von Rehkitzen. Gilt als besonders effektiv in den frühen Morgenstunden

und wird in vielen Regionen durch Jagdverbände oder Wildretter-Vereine organisiert.

Mähzeitpunkt und -technik anpassen

- Mahd von innen nach außen durchführen, damit Tiere leichter flüchten können.
- Einsatz von Scheuchbügeln oder Wildrettern an Mähwerken, um Tiere rechtzeitig zu vertreiben.
- Mahd abends oder früh morgens, da Wildtiere dann häufiger aktiv sind.

Kommunikation und Dokumentation

- Absprache mit Jagdausübungsberechtigten vor der Mahd.
- Gemeinsame Organisation von Wildsuche und Wildvergrämung.
- Schriftliches Festhalten der durchgeführten Schutzmaßnahmen.

Erik Hecht

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

WEITERE INFORMATIONEN

www.jagdverband.de



Bis zu 30% Rabatt auf Neuwagen!

 Agrardienste
Sachsen-Anhalt
GmbH

Mit vielen großen Automarken pflegt der Deutsche Bauernverband Rahmenverträge, **von denen Mitgliedsbetriebe profitieren können**. Zu den Marken zählen Audi, Jeep, Opel, Mitsubishi, Toyota und weitere!

Gewerbetreibende können beim **Kauf von Neuwagen**, auch bei verschiedenen Elektroautos, ganz einfach profitieren: Fragen Sie bei einem Vertragshändler Ihrer gewünschten Automarke an. Diese geben Ihnen konkret Auskunft, für welche Modelle aktuell welche Rabatte gelten. Nur ein Beispiel: **30 % Nachlass** über Abrufschein auf den Opel Kleintransporter „Vivaro Cargo“.

Haben Sie Fragen?

Wenden Sie sich gerne mit einer Mail an info@agrardienstesachsenanhalt.de



Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH

Maxim-Gorki-Straße 13, 39108 Magdeburg
Tel. 0391/73969-0; Fax 0391/73969-33
info@agrardienstesachsenanhalt.de

Außenstelle Halle
Herweghstraße 100, 06114 Halle (Saale)
Tel. 0345/963911-0; Fax 0345/963911-27



*Beispielfoto

Gute Strukturen statt Zwangsverträge: Warum der DBV Artikel 148 GMO ablehnt

Die Milchwirtschaft in Deutschland ist stark, vielfältig und tief in der Fläche verwurzelt. Rund 48.600 Milchviehhalter mit etwa 3,6 Millionen Kühen erzeugen jährlich über 31 Millionen Tonnen Rohmilch. Diese enorme Leistung basiert auf gewachsenen, regional angepassten Vermarktungsmodellen, insbesondere in genossenschaftlichen Strukturen und Erzeugergemeinschaften. Doch genau diese Vielfalt und gewachsene Selbstorganisation geraten nun unter Druck:

Die Europäische Kommission plant, Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung verpflichtend für alle Mitgliedstaaten umzusetzen. Was zunächst wie ein Schritt in Richtung mehr Transparenz erscheint, hat es in sich und droht, bewährte Strukturen durch neue Bürokratie und rechtliche Zwänge zu ersetzen.

Was regelt Artikel 148 GMO?

Artikel 148 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sieht vor, dass Milchlieferungen an Molkereien nur noch auf Basis schriftlicher Verträge erfolgen dürfen. Diese Verträge müssen zwingend vor der ersten Lieferung abgeschlossen werden und bestimmte Angaben – wie Preis, Menge, Lieferzeitraum sowie Zahlungsbedingungen – enthalten.

Warum lehnt der DBV diese Regelung ab?

Der DBV sieht in der verpflichtenden Umsetzung von Artikel 148 aus mehreren Gründen eine tiefgreifende Fehlentscheidung:

Eingriff in funktionierende Strukturen

In Deutschland sind genossenschaftliche Molkereien und Milcherzeugergemeinschaften die Regel, mit Satzungen, Lieferordnungen und demokratisch erarbeiteten Vertragsgrundlagen. Eine gesetzlich vorgeschriebene Standardisierung der Vertragsbeziehungen ignoriert diese Realität und gefährdet die unternehmerische Selbstbestimmung der Betriebe.

Mehr Bürokratie statt mehr Fairness

Die Einführung eines verpflichtenden Vertragsmanagements würde für Landwirte und Molkereien hohe Kosten und erheblichen Verwaltungsaufwand verursachen – ein klarer Widerspruch zum Ziel des Bürokratieabbaus auf EU-Ebene.

Wirtschaftliche Nachteile durch Preisbindung

Fixe Preise und Liefermengen würden die Flexibilität der Milcherzeuger beschneiden, insbesondere in Hochpreispasen oder bei saisonalen Mengenschwankungen. Gleichzeitig müssten Molkereien höhere Preisrisiken einkalkulieren und würden tendenziell niedrigere Auszahlungspreise festsetzen.

Vielfalt statt Einheitsvertrag

Die deutsche Milchwirtschaft lebt von regionaler Differenzierung, verschiedenen Vertragsmodellen und freiwilliger Bündelung. Eine verpflichtende Regelung übergeht diese

Vielfalt und könnte innovative Preisabsicherungsmodelle oder kollektive Vermarktungskonzepte schwächen.

Was fordert der DBV stattdessen?

Der DBV lehnt den Artikel 148 GMO für Deutschland ab. Eine verpflichtende Umsetzung des Artikels bringt in Deutschland keine Vorteile für die Milcherzeuger, sondern mehr Nachteile. Eine Generalausnahme, bzw. „opt-out“-Möglichkeit für die Mitgliedsstaaten, ist daher zwingend zu berücksichtigen.

Weniger und nicht mehr Bürokratie: Keine zusätzliche Verwaltungsbelastung für Erzeuger und Molkereien. Eine verpflichtende Umsetzung des Artikels 148 steht nicht im Einklang mit dem von der EU-Kommission angestrebten Bürokratieabbau.

Erhalt des Genossenschaftsprivilegs: Genossenschaftlich organisierte Molkereien sollen weiterhin eigenständig über ihre Vertragsbeziehungen entscheiden können.

Wahlfreiheit für Milcherzeuger: Verschiedene Vertrags- und Preisabsicherungsmodelle müssen weiterhin möglich bleiben, auch auf der Ebene der Erzeugergemeinschaften.

Stärkung der Milcherzeugergemeinschaften: Mindestens eine Anhebung der aktuellen Bündelungsgrenze für Milcherzeugergemeinschaften von 4 auf 6 Prozent der EU-weit erzeugten Rohmilchmenge. Nachhaltiger wäre jedoch eine grundsätzliche Aufhebung der Bündelungsgrenze für Milcherzeugergemeinschaften auf EU-Ebene.

Folgenabschätzung: Einer derart tiefgreifenden Änderung der GMO bzw. des Artikels 148 ist eine fundierte Folgenabschätzung sowie eine Erfassung der bereits bestehenden Umsetzungsmodelle in den Mitgliedsstaaten voranzustellen.

Für eine starke, eigenverantwortliche Milchwirtschaft!

Der DBV steht für Vielfalt, unternehmerische Freiheit und den Schutz funktionierender Modelle und deshalb klar gegen eine verpflichtende Umsetzung von Artikel 148 GMO.

Erik Hecht
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bericht zur Stellungnahme des DBV zur TA Luft

Hintergrund: Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) ist eine Verwaltungsvorschrift zur Luftreinhaltung in Deutschland. Sie legt Anforderungen an genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) fest. Die Überarbeitung der TA Luft betrifft auch landwirtschaftliche Tierhaltungsanlagen, weshalb der Deutsche Bauernverband (DBV) im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens eine Stellungnahme abgegeben hat.

Generelle Kritik

Der DBV kritisiert, dass die geplanten Änderungen in der TA Luft nicht ausreichend praxistauglich seien und teils über das europarechtlich Gebotene hinausgehen. Dabei betont der Verband:

„Die im Entwurf enthaltenen Anforderungen zur Emissionsminderung und Immissionsbewertung sind in vielen Punkten unverhältnismäßig, in der Praxis nicht umsetzbar und gefährden die wirtschaftliche Tragfähigkeit tierhaltender Betriebe.“

Zentrale Kritikpunkte

Erweiterung der Prüfbereiche

Der DBV lehnt die geplante Ausweitung der Prüfbereiche auf bis zu 1.000 m ab, weil damit selbst kleine und mittlere Tierhaltungsbetriebe unangemessen belastet würden. Dies sei auch mit einem erheblichen Mehraufwand bei der Immissionsprognose verbunden.

„Die Erweiterung der Prüfbereiche auf 1.000 m ist fachlich nicht begründet und bedeutet einen erheblichen Anstieg des Prüfaufwands.“

Vorbelastung und Kumulation

Besonders kritisch sieht der DBV die geplante pauschale Berücksichtigung der Vorbelastung in Kombination mit Kumulierung benachbarter Anlagen. Dies

führe dazu, dass viele Betriebe in der Praxis keine Genehmigung mehr erhalten könnten:

„Die geplante Regelung zur Berücksichtigung der Vorbelastung und Kumulierung benachbarter Anlagen ist in dieser Form weder praxistauglich noch rechtlich haltbar.“

Stand der Technik

Der Verband fordert, dass der Stand der Technik anhand realistischer betrieblicher Möglichkeiten definiert wird. Die pauschale Anforderung bestimmter technischer Systeme (z.B. Luftwäscher) sei zu rigide.

„Eine schematische Verpflichtung zur Anwendung bestimmter Techniken widerspricht dem Prinzip der Einzelfallbetrachtung und lässt die betriebliche Realität unberücksichtigt.“

Ermittlung von Emissionsfaktoren

Der DBV kritisiert die vorgesehene Anwendung pauschaler Emissionsfaktoren, die sich nicht an der tatsächlichen betrieblichen Emissionsminderung orientieren.

„Die Anwendung pauschaler Emissionsfaktoren benachteiligt emissionsarme Betriebe und ignoriert individuelle Minderungsleistungen.“



DIE NUMMER 1 FÜR UNSERE LANDWIRTSCHAFT

IHR AGRARSPEZIALIST

Steuerberatung

Wirtschaftsprüfung

Genossenschaftsprüfung

Insolvenzverwaltung

Moderner Belegtransfer mittels App

Dr. rer. agr. Marcel Gerds
Wirtschaftsprüfer & Steuerberater
Landwirtschaftliche Buchstelle

Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

ETL | Agrar & Forst
Steuerberatung

Progress
Genossenschaftsverband e.V.

Abschätzung der Ammoniakemissionen

Der Verband spricht sich gegen einseitig hohe Anforderungen an die Ammoniak-Emissionsminderung aus und fordert eine differenzierte Betrachtung:

„Die vorgesehene pauschale Anforderung zur Emissionsminderung bei Ammoniak lässt den betrieblichen Kontext außer Acht.“

Anforderungen an Altanlagen

Die vorgesehenen Übergangsregelungen für bestehende Anlagen seien nicht ausreichend. Der DBV fordert praxisnahe Fristen und klare Abgrenzungen, wann ein „wesentlicher“ Anlagenteil geändert wird.

„Eine klare und praxistaugliche Abgrenzung zwischen Bestands- und Neuanlagen fehlt vollständig.“

Fazit

Der DBV fordert eine grundlegende Überarbeitung der TA Luft im Bereich Landwirtschaft. Er sieht durch den Entwurf eine akute Gefährdung der Zukunftsfähigkeit tierhaltender Betriebe in Deutschland. Der Verband betont die Notwendigkeit, praxistaugliche und verhältnismäßige Regelungen zu schaffen, die auch kleine und mittlere Betriebe nicht überfordern.

Erik Hecht

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

*Auf dem rechten Bild hat uns die KI einen Apfel als Möhre verkauft.
Auflösung zu Seite 15*

Agrar-Geschäftsklima verbessert

Die wirtschaftliche Stimmung in der Landwirtschaft verbessert sich langsam. Das aktuelle Agrarbarometer der Rentenbank zeigt: Das Geschäftsklima klettert von -1,2 auf -0,4 Punkte. Diese Kennzahl setzt sich aus der Einschätzung der aktuellen Lage und den Zukunftserwartungen der Betriebe zusammen.

83 Prozent der befragten Landwirtinnen und Landwirte bewerten ihre derzeitige Situation als gut oder befriedigend – zwei Prozentpunkte mehr als noch im Winter. Als wichtigste Gründe werden hohe Erlöse bei tierischen Produkten und ein gutes Betriebsmanagement genannt. Die Investitionsfreude bleibt dennoch gedämpft: Nur 60 Prozent planen in den kommenden zwölf Monaten Investitionen – ein Rückgang um vier Prozentpunkte. Auffällig ist jedoch: In der Vergangenheit wurde meist mehr investiert, als ursprünglich angekündigt. Das zeigt, dass Betriebe schnell auf Veränderungen reagieren.

Ein Drittel der Befragten möchte den eigenen Betrieb durch neue Standbeine zukunftsfester aufstellen. Besonders gefragt sind Photovoltaik und Ackerbau. Bei der Tierhaltung planen knapp 20 Prozent der Halter einen Wechsel in höhere Haltungsformen. Der Umbau der Ställe ist ein häufig genannter Investitionswunsch.

Die Zukunft wird weiterhin kritisch gesehen. Zwar steigt der Anteil der Optimisten leicht auf 10 Prozent, doch 34 Prozent erwarten eine Verschlechterung in den nächsten zwei bis drei Jahren. Gründe sind vor allem die Agrarpolitik, hohe Kosten und überbordende Bürokratie – aber auch niedrige Preise für pflanzliche Produkte und Unsicherheit bei Umweltauflagen.

Nikola Steinbock, Vorstandssprecherin der Rentenbank, sieht in der Veränderungsbereitschaft der Betriebe ein positives Signal: „Unsere Landwirtinnen und Landwirte zeigen, dass sie gestalten wollen – in Richtung mehr Tierwohl, erneuerbare Energien



und resilienter Ackerbau. Damit setzen sie wichtige Impulse – brauchen dafür aber auch Verlässlichkeit und eine faire Entlohnung ihrer Leistungen.“

Über das Rentenbank-Agrarbarometer

Das Rentenbank-Agrarbarometer ist der einzige empirisch fundierte und über einen längeren Zeitraum verfügbare Index mit Aussagen zur aktuellen Situation und den Erwartungen in der deutschen Landwirtschaft. Es knüpft an das frühere „Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar“ an. Das Rentenbank-Agrarbarometer basiert auf der Auswertung einer Befragung von 1.000 Landwirtinnen und Landwirten sowie 150 Lohnunternehmen in Deutschland. In der Umfrage geht es u. a. um die Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage, um das Investitions- und Finanzierungsverhalten und um weitere Themen in der deutschen Landwirtschaft.

Erik Hecht

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

CyberRisk – schützen Sie Ihre Landwirtschaft vor digitalen Bedrohungen

Tag für Tag sind Betriebe jeder Größe und aller Branchen Cyberangriffen ausgesetzt: Mal werden Kundendaten gestohlen, mal Systeme lahmgelegt, Millionen sind nicht versichert. Als Ihr Partner tragen wir dazu bei, dass Sie für solche Attacken gewappnet sind.

Vor digitalen Angriffen ist kein Betrieb sicher. Diesem Risiko sind auch landwirtschaftliche Betriebe ausgesetzt. Schon ein unbedachter Klick oder eine winzige Sicherheitslücke genügen, damit sich Kriminelle Zugang zu den Systemen verschaffen können. Die möglichen Folgen reichen von verlorenen und manipulierten Daten, über eine lahmgelegte IT bis hin zum vollständigen Stillstand ganzer Betriebe.

Schützen Sie Ihre Daten vor unsichtbaren Gefahren

Immer mehr Betriebe entscheiden sich für eine CyberRisk Versicherung. Über die Notrufhotline der CyberRisk Versicherung erreichen Sie im Schadensfall rund um die Uhr (24/7/365) IT-Spezialisten, über die Sie sofortige Unterstützung erhalten und im besten Fall die Schadenbehebung unmittelbar vorgenommen werden kann. Wir übernehmen nach einem Hackerangriff die Kosten, die entstehen, um Netzwerk und Daten wiederherzustellen und ersetzen entgangene Gewinne und fortlaufende Kosten. Versichert sind außerdem Daten auf dienstlich genutzten Privatgeräten sowie der Ersatz durch einen Sicherheits-

vorfall beschädigter IT-Hardware. Ebenso gehören Zusatzleistungen wie Krisenkommunikation oder ein Anwaltstelefon zum Service.

Risiken in der Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe sind immer mehr auf digitale Systeme angewiesen – von der Betriebsführung über die Flottenverwaltung bis hin zu Smart Farming-Lösungen. Der Landwirtschaft wird ein besonderes Augenmerk gewidmet. Schließlich stellt diese als fundamentale Stütze in der Versorgung der Bevölkerung ein lukratives Ziel für kriminelle Machenschaften dar. Haben sich Kriminelle erst einmal Zugang zu den Systemen verschafft, eröffnen sich diesen vielfältige Möglichkeiten hieraus Profit zu schlagen. Schützen Sie sich vor den Folgen der Internetkriminalität mit der CyberRisk Versicherung.

Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Frank Sliwinski, Tel. 0151 26415028
frank.sliwinski@ruv.de

Marie-Christin Felber, Tel. 0151 26411440
marie-christin.felber@ruv.de

www.vvb-st.de

Schützen Sie, was Ihnen wichtig ist - Versicherungen für die Landwirtschaft



Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des
Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V. (VVB)

POLIT TALK 2025

Der Polit-Talk ist eine knackig moderierte, agrarpolitische Veranstaltung, bei der gezielt offene Fragen in den Programmen/Positionen der Parteien angesprochen werden. Der Polit Talk 2025 wird die bundespolitischen Entwicklungen in den Fokus nehmen. Anschließend ist ein offener Austausch mit Grill-Bufferet. Tickets gibt es über die Webseite der Agrardienste Sachsen-Anhalt.



16. Juni 2025

K6 Seminarhotel GmbH
Kirschallee 6
38820 Halberstadt



SAMSTAG
6. DEZEMBER 2025
19.00 UHR

WERNIGERODE

HARZER KULTUR-
UND KONGRESSHOTEL



Jetzt Ballkarte sichern!

ERNTEBALL 2025



Ihr Bauernverband auf WhatsApp!

Aktuelle News rund um Landwirtschaft, Politik und mehr direkt auf Ihr Handy. Werden Sie Teil unserer Community und bleiben Sie stets auf dem Laufenden!

Jetzt QR-Code scannen
und Kanal abonnieren!



Achtung Falle! Erkennen Sie die KI?

Besonders in den digitalen Medien tauchen immer mehr Bilder auf, die mit Künstlicher Intelligenz (KI) erzeugt worden sind. Trotz allem Fortschritt, die Bilder kann man oft an ein paar Punkten erkennen. Das ist wichtig, weil KI auch dazu missbraucht wird, um in digitalen Medien Falschnachrichten zu „belegen“ oder

Hetze zu verbreiten. In dieser Mini-Serie stellen wir Ihnen jeden Monat zwei Bilder vor: Ein echtes Foto und ein KI-Bild. Versuchen Sie, das KI-Bild zu bestimmen! Auf der Seite 13 finden Sie die Auflösung und einen Hinweis, der die KI verraten haben könnte.





Deine Plattform für
Ausbildung und **Karriere**
in der **Landwirtschaft!**

Entdecke eine Vielzahl spannender
Ausbildungsplätze in der Landwirtschaft.
Ob auf dem Feld, im Stall, im Labor oder
im Wald – hier findest du viele Möglichkeiten,
um deine **grüne Karriere** zu starten.

Informiere dich über vielfältige Berufs-
möglichkeiten im Agrarbereich und
mach den ersten Schritt in eine
nachhaltige und zukunftsorientierte
Branche.

**grüne-
berufe.de**



**Starte jetzt Deine
grüne Karriere!**

